Gleichstellung von Frauen und Männern ist unumkehrbar

Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor der 23. UN-Sondergeneralversammlung (6. Juni 2000)

CHRISTINE BERGMANN

Zunächst einmal möchte ich mich der Erklärung, die Portugal namens der Europäischen Union abgegeben hat, anschließen. Die der Konferenz von Beijing vorangegangenen Weltkonferenzen haben die Chancengleichheit von Frau und Mann thematisiert und aktiv vorangetrieben. Mit der Vierten Weltfrauenkonferenz jedoch ist eine Flamme für die Durchsetzung der Gleichstellung entzündet worden, die unübersehbar weiter brennt, und zwar rund um die Welt. Es ist nun an uns allen, dieses Feuer des Aufbruchs zu erhalten, auf daß es nicht wieder erlischt oder gar bewußt ausgetreten wird. Dies ist entscheidend, denn die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein unumkehrbarer Prozeß, auch wenn der Fortschritt hier und da nur eine Schnecke ist. Frauenrechte sind Menschenrechte.

Der jüngste Erfolg auf diesem Weg war die Durchsetzung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Es muß unser Ziel sein, die Zeichnung des Protokolls durch alle Länder zu erreichen. Deutschland wird das Ratifizierungsverfahren noch in diesem Jahr einleiten. Wir müssen in der Gleichstellungspolitik die zentralen politischen Aufgaben im Blick behalten.

Wir müssen darauf hinarbeiten,

- daß die grundlegenden Menschenrechte der Frauen weltweit Beachtung finden,
- daß die Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen geächtet und beseitigt wird,
- daß mehr Frauen in Entscheidungspositionen kommen, in der Politik wie im privaten Sektor,
- daß die Möglichkeiten für Frauen und Männer, Familie und Erwerbstätigkeit zu verbinden, verbessert werden,
- daß mehr Mädchen und Frauen sich für Ausbildungen und Berufe in zukunftsträchtigen Branchen entscheiden können.

An der Umsetzung dieser Forderungen, analog zu den detaillierten Forderungen der Aktionsplattform von Beijing, zu arbeiten, ist eine ständige Herausforderung. Dazu bedarf es konkreter Umsetzungsschritte, die mit zeitlich festgelegten quantitativen und qualitativen Vorgaben einhergehen. Diesen Weg gehen wir in Deutschland.

Wir haben im vorigen Jahr ein Programm ›Frau und Beruf‹ mit konkreten Vorgaben beschlossen. Wir werden gesetzliche Regelungen zur Chancengleichheit für Frauen im öffentlichen Dienst sowie in der Wirtschaft auf den Weg bringen. Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist, daß Frauen ihre Chancen im neuen Informations- und Kommunikationszeitalter wahrnehmen können. Von der Informationsgesellschaft werden Frauen nicht automatisch profitieren, das wissen wir. Deshalb engagieren wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft in diesem Bereich für mehr Chancengleichheit. Wir wollen die Internetbeteiligung von Frauen in den nächsten fünf Jahren auf 50 Prozent steigern und werden den Frauenanteil an den IT–Berufsausbildungen und den Informatikstudiengängen auf 40 Prozent erhöhen.

Wenn wir eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter herstellen wollen, müssen die Männer in die Familienarbeit und die Kindererziehung mit einbezogen werden. Wir haben daher ein Gesetz eingebracht, das es den Vätern wie auch den Müttern ermöglicht, gleichzeitig ihren Elternurlaub wahrzunehmen. Während dieser Zeit ist es ihnen gestattet, bis zu 30 Wochenstunden in Teilzeit zu arbeiten. Von den drei Jahren des Elternurlaubs haben sie zwei Jahre lang Anspruch auf Zahlung eines einkommensabhängigen Erziehungsgeldes. Bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes kann ein Jahr des Elternurlaubs, sofern der Arbeitgeber damit einverstanden ist, zu einem späteren Zeitpunkt genommen werden. All diese Neuerungen gehen mit einer großen Kampagne einher, mit der das Leitbild der Väter in der Gesellschaft verändert werden soll.

Es war ein Verdienst der Aktionsplattform von Beijing, auf das Problem der Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen hinzuweisen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzufordern. Gewalt ist ein Thema, von dem auch Frauen in Deutschland stark betroffen sind. Mit ihrem Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen hat die Bundesregierung im Dezember 1999 erstmals ein umfassendes Gesamtkonzept zur Gewaltbekämpfung vorgelegt. Mit dem Aktionsprogramm wollen wir strukturelle Veränderungen erreichen, und zwar in allen Bereichen: von der Prävention über die Täterarbeit und die bessere Vernetzung von Hilfsangeboten für die Geschädigten bis hin zu einer stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zu rechtlichen Maßnahmen wie einem Gewaltschutzgesetz für Frauen. Über lange Jahre war Gewalt gegen Frauen ein Thema, das weitgehend tabuisiert wurde. Damit muß endlich Schluß sein.

›Gender-mainstreaming‹, die Strategie, die von der Vierten Weltfrauenkonferenz ausging, bildet für die Bundesregierung einen Schwerpunkt bei der nationalen Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing. Unser Ziel ist die Integration der Gleichstellungspolitik als durchgängige Aufgabe in alle Politikfelder und Aufgabenbereiche der Bundesregierung. Wir stehen in Deutschland erst am Anfang dieses Prozesses, aber wir verfolgen ihn mit Nachdruck, denn ich bin überzeugt: ›Gender-mainstreaming‹ ist langfristig der einzige Weg, eine stabile und partnerschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Das enorme Echo, das diese Sondergeneralversammlung findet, sowohl auf seiten der Regierung wie der Nichtregierungsorganisationen, zeigt eindrucksvoll die Bedeutung, die dem Thema heute beigemessen wird. Der Entwurf des Abschlußdokuments hat die Entwicklungen der letzten fünf Jahre aufgegriffen und einige Forderungen aktualisiert und konkretisiert. Der politische Wille zur weltweiten Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern wurde durch die Politische Erklärung erneut bestätigt. Wir sollten nun all unsere Kräfte zur beschleunigten Umsetzung mobilisieren.

Die Globalisierung ist kein Naturereignis

Rede der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vor der 24. UN-Sondergeneralversammlung (27. Juni 2000)

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL

Der vorletzte Redner vor mir war der Ministerpräsident Mosambiks; ihm und seinem Volk möchte ich unser aller Mitgefühl mit den Opfern der Flutkatastrophe in seinem Land versichern – wir alle sind in der Pflicht, damit das Land sich erholen und wieder aufgebaut werden kann. Wir empfinden und wir zeigen Solidarität mit dem Volk Mosambiks.

Die Rede der portugiesischen Präsidentschaft namens der Europäischen Union findet meine volle Unterstützung.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts sollten wir die positive Vision der ›einen Welt‹ verwirklichen, die Staatsmänner wie Willy Brandt, die bei mir und in meinem Land einen tiefen Eindruck hinterließen, vorhersahen. Einem großen Teil der Menschheit bleibt aber – wie es in all den Debatten, die ich im Verlauf dieser Konferenz gehört habe, sehr freimütig geäußert worden ist – der Zugang zu der sich globalisierenden Welt noch immer verwehrt. So befindet sich die ›globale Online-Gesellschaft‹ auf einem exponentiellen Wachstumskurs, aber 88 vH der Internet-Nutzer weltweit leben in den Industrieländern, nur 0,3 vH in den ärmsten Ländern der Welt. Nach dem jüngsten, eindrucksvollen Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen verfügen die drei reichsten Männer der Welt über ein Vermögen, das größer ist als das Einkommen von 600 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern. Dabei hat sich die weltweite Ungleichheit der Einkommensverteilung auch in den letzten Jahren noch weiter erhöht. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen war im Zeitraum von 1990 bis 1998 in 50 Ländern negativ, nur eins davon war ein Industrieland. Die Marginalisierung eines Teils der Menschheit findet jedoch nicht allein zwischen Nord und Süd statt; die Risse zwischen Arm und Reich verlaufen auch innerhalb der Weltregionen und innerhalb von Ländern. Das globale Armutsproblem hat somit auch die bestehenden Probleme verschärft; heute erkennen wir, daß es die Wurzel vieler weltweiter Gefahren und zahlreicher Bedrohungen des Friedens ist.

Wir kommen hier zum ersten Mal im neuen Jahrhundert zusammen, und zu den wichtigsten Herausforderungen, denen wir uns im beginnenden Jahrhundert gegenüber sehen, gehören diese Fragen: Wie können wir verhindern, daß unregulierte Marktkräfte ganz oder doch großenteils über das Schicksal der Welt bestimmen? Wie können wir der Globalisierung ein menschliches Antlitz verleihen? Wie können wir sicherstellen, daß alle Länder der Welt von den Chancen der Globalisierung tatsächlich profitieren? Ich habe mitunter den Eindruck, daß wir vor einer ähnlichen Herausforderung stehen wie jener Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nun wieder bändigen muß. Nur ist die Globalisierung kein Zauber oder Naturereignis – wir können und müssen sie gestalten. Wir müssen Verantwortung übernehmen.

Um diese Aufgabe bewältigen zu können, müssen wir global geltende Regelwerke entwickeln und die internationalen repräsentativen Organisationen stärken, um so die Kräfte des Weltmarkts in ihre sozialen und ökologischen